

# PSYCHOTHERAPIEVERBÄNDE GESPRÄCHSKREIS II

GK II, c/o bvvp, Schwimmbadstr. 22, 79100 Freiburg

---

Frau  
Birgit Belz  
Ministerium für Arbeit, Soziales,  
Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz  
Vorsitzende AG Berufe des Gesundheitswesens  
Bauhofstr. 9  
55116 Mainz

**KORRESPONDENZADRESSE:**

Geschäftsstelle des bvvp  
Schwimmbadstr. 22  
79100 Freiburg  
Tel.: 0761- 7910245  
Fax: 0761- 7910243  
e-mail-Adresse: bvvp@bvvp.de

---

Nachrichtlich an:  
Dr. Heinz Haage  
Bundesministerium für Gesundheit  
Referat 316

Freiburg, den 20.07.2006

## **Bachelor oder Master als Zulassungsvoraussetzung zur Ausbildung zum Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten**

Sehr geehrte Frau Belz,

wir wenden uns an Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der AG "Heilberufe im Gesundheitswesen" der AOLG.

Wie bekannt, sind mit der Umstellung von Studiengängen und -abschlüssen auf das konsekutive Bachelor/Master-System in Deutschland die im Psychotherapeutengesetz benannten Zugangsvoraussetzungen zur Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) nicht mehr eindeutig geregelt. Die AOLG hatte sich in ihrer Sitzung am 06./07.04.2006 mit deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen, dass von den neuen Abschlüssen aus fachlicher Sicht nur ein **Masterabschluss** als Zugangsvoraussetzung zu den Ausbildungen zum **PP und zum KJP** und damit explizit auch für Pädagogen und Sozialpädagogen notwendig ist. Die AOLG ging noch davon aus, dass das PsychThG dazu keiner Anpassung bedarf.

In einem Schreiben an die Bundespsychotherapeutenkammer vom 12.05.2006 vertritt das Bundesgesundheitsministerium nun die Position, dass aufgrund der „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG“ ein **Bachelor-Abschluss** in Pädagogik oder Sozialpädagogik die Anforderungen des Psychotherapeutengesetzes an die Zulassung zur Ausbildung zum KJP erfüllt, da bereits heute ein Fachhochschulabschluss qualifizierend ist.

Bei der Forderung nach einem Masterabschluss für diese Studiengänge müsse überzeugend begründet werden, warum die fachlichen Zugangsqualifikationen zukünftig höher sein müssten. Solche fachlichen Gründe sieht das BMG jedoch nicht.

Die im Gesprächskreis II zusammengeschlossenen Verbände der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sehen solche fachlichen Gründe durchaus. Wir befürchten, dass mit einem sechssemestrigen Bachelor-Studium in den pädagogischen Grundqualifikationen eine qualitätsgesicherte psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Zukunft nicht mehr gewährleistet ist. Hat das bisherige Studium eben noch hinreichend die minimalen wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die unabdingbar Voraussetzung für die Ausbildung zum Psychotherapeuten sind, so erfüllt der zukünftige Bachelor die Voraussetzungen nicht mehr. Die fortlaufende Rezeption des wissenschaftlichen Fortschritts ist für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in ihrer Berufspraxis so unverzichtbar wie für Psychologische Psychotherapeuten. Sie erfordert fundierte wissenschaftliche Methodenkompetenz. Dies ist aber gerade nicht Studieninhalt von Bachelor-Studiengängen. Hinzu kommt noch, dass – anders als bei den Psychologischen Psychotherapeuten, die einen Schwerpunkt in klinischer Psychologie nachweisen müssen, eine solche klinische Schwerpunktsetzung bei den pädagogischen Fächern nicht vorgesehen ist, was sich in den Ausbildungen zum KJP durchaus als Defizit erwiesen hat – hierauf haben die Ausbildungsinstitute z.B. in Bayern bereits aufmerksam gemacht. Eine solche Schwerpunktsetzung wäre nur über einen Master-Studiengang zu verwirklichen, wie es in den "Mindeststandards" der "AG Zugang zur Ausbildung in Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie" vorgesehen ist.

Wir gehen davon aus, dass die AG "Berufe des Gesundheitswesens" der AOLG ihre Position, dass für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten der Master-Abschluss die Zugangsqualifikation ist, beibehält, auch wenn dies eine Änderung des PsychThG an diesem Punkt erforderlich machen sollte, denn der Erwerb notwendiger fachlicher Qualifikationen darf nicht daran scheitern, dass das PsychThG derzeit nach Meinung des BMG nicht geändert werden soll.

Wir würden es begrüßen, wenn die AG diese Position weiterhin auch dem BMG gegenüber vertritt.

Mit freundlichen Grüßen



Birgit Clever